

Landtagswahl 2017 – Hintergrund Themenbereich Energie

Saubere Energie für ein gesundes Klima

Die Energiewende ist eines der Schlüsselthemen der Umweltpolitik, wird von der Bundesregierung aber weiterhin auf die Stromerzeugung reduziert. Die bisherige Landesregierung verfolgt einen breiteren Ansatz: Der Runde Tisch Energie hat ein Szenario zur Energieversorgung 2050 erarbeiten lassen, das vollständig auf erneuerbaren Energiequellen basiert. Der BUND-Landesarbeitskreis Energie hat dies aufgegriffen und ein eigenes Szenario aufgestellt. Es folgt dem Landesszenario nicht in allen Punkten und setzt z.B. deutlich geringere Werte bei Wirtschaftswachstum und Verkehrsaufkommen an. Wir sind der Überzeugung, dass die Gesellschaft im postfossilen Zeitalter ihren Wohlstand nicht aus einem stetigen Wachstum zieht – nach dem Grundsatz „Qualität statt Quantität“. Die hohe Sanierungsrate der Gebäude stellt dabei eine besondere Herausforderung dar: Eine Steigerung von 1,0 % auf 2,6 % p.a. ist erforderlich, um im Zieljahr 2050 einen vollständig sanierten Bestand zu erreichen.

1. Konsequente Fortsetzung der Strategie „100% erneuerbare Energieversorgung 2050“

Damit die Energiewende naturverträglich und kostengünstig gelingt, ist es auf lange Sicht notwendig, den Energieverbrauch mindestens zu halbieren. Hierzu sind die folgenden Schritte notwendig:

- Verstärkung und Fortführung einer kontinuierlichen und flächendeckenden Energiesparberatung für die Sektoren Wohngebäude, Gewerbe/Industrie und kommunale Liegenschaften
- Vorbildhafte Umstellung aller Landesliegenschaften auf eine Energieversorgung aus erneuerbaren Energiequellen. Desgleichen Umstellung des Fuhrparks der öffentlichen Einrichtungen auf Hybrid-, Elektro- und Gasantriebe.
- Fortführung der Klimaschutz- und Energieagentur Niedersachsen (KEAN) als unabhängige Institution zur Erschließung der Energieeinsparpotenziale bei allen o.g. Zielgruppen und als Vernetzungseinrichtung regionaler Energieagenturen - Flächendeckende Energieberatung sichern
- Kontrolle der Klimawirksamkeit von staatlichen Förderprogrammen

Die gesetzlichen Anforderungen der Bundesregierung bei Neubau und Modernisierung von Gebäuden sind in der Energieeinsparverordnung (EnEV) und dem Erneuerbare-Energie-Wärme-Gesetz (EEWärmeG) festgelegt. Sie sind bereits relativ hoch, werden aber in der

BUND Niedersachsen e.V.

Praxis nicht immer erreicht, u.a., weil keinerlei Kontrollen erfolgen. Bauherren und ausführende Firmen weichen oftmals von den Planungen ab, die in den Antragsunterlagen beschrieben sind. Durch die Einrichtung von Stichprobenkontrollen kann deshalb das vorgesehene Niveau sicherer erreicht werden. Die vorgeschriebene Unterstützung und Kontrolle der Wohngebäudebesitzer und Planer/Ausführende bei Neubauten und Sanierungen durch die Bauaufsichtsbehörden sollte deshalb verstärkt werden. Die künftige Landesregierung wird aufgefordert, ein Konzept zur Stichprobenkontrolle zu erarbeiten und die Kommunen mit der Umsetzung betrauen.

2. Energiewende von unten – dezentrale Energiekonzepte fördern

- Bürgerenergieanlagen fördern (Wind, Solar, Nahwärmenetze)
- Regionale Netzwerke/Energiekonzepte fördern (z. B. mit Stadtwerken)
- Konzept für Landeskredite für o. g. Schritte entwickeln
- Controlling etablieren

Repowering von Windkraftanlagen naturverträglich gestalten – Stärkung der BürgerbeteiligungDie Energiewende in Deutschland ist gekennzeichnet vom hohen Engagement der Bevölkerung. Rund die Hälfte der Anlagen ist in Bürgerhand, Energiegenossenschaften und Bürgerwindparks sind etabliert. Das ist ein Garant für die bis heute ungebrochen hohe Zustimmung zur Energiewende und nicht minder für die Demokratisierung der Energieversorgung und lokalen Wertschöpfung. Mit dem Ausbau der Erneuerbaren Energien wird die Energieerzeugung dezentraler, Erzeugung und Verbrauch rücken tendenziell näher zusammen. Das birgt Konflikte, weil sich das Landschaftsbild mancherorts verändert, und zugleich Potenziale, weil es die Teilhabe der Menschen an ihrer Energieversorgung ermöglicht.

Windenergie bietet in Niedersachsen das größte Potenzial bei der Bereitstellung von Strom aus regenerativen Energien. Windenergieanlagen lassen sich auch ideal als Bürgerkraftwerke betreiben, so dass das Ziel einer dezentralen, bürgernahen Energieerzeugung sehr gut umgesetzt werden kann. Bisher sind in Niedersachsen 0,6 % der Landesfläche zur Nutzung von Windenergie genutzt. Aus Sicht des BUND ist der Zielwert des Landesszenarios von 2,1 % der Landesfläche bis 2050 zum Erreichen einer erneuerbaren Energieversorgung realistisch und umweltverträglich umsetzbar. Dieses Ziel muss unter breiter Beteiligung der Bevölkerung, unter vorrangiger Erschließung der Repowering-Potenziale und Berücksichtigung der Naturschutzanforderungen erreicht werden.

3. Großräumigen Stromnetzausbau vermeiden – Umlenken zu dezentraler Netzertüchtigung – Neuerstellung einer Stromnetzplanung

Die Deckung des Energieverbrauchs aus erneuerbaren Energiequellen sollte überwiegend dezentral geschehen, nicht zuletzt, um viele neue Leitungstrassen zu vermeiden. Der heute geplante Stromnetzausbau dient nicht allein den erneuerbaren Energien, sondern ist wesentlich durch den inflexiblen Weiterbetrieb von Kohle- und Atomkraftwerken verursacht – sie blockieren den Transport von Wind- und Solarstrom. Der BUND fordert den Stopp des Planungsverfahrens für SuedLink und eine grundlegende Neuerstellung der Stromnetzplanung. Dezentrale Energiekonzepte sowie Ausbau, bessere Regelung und Erdverkabelung der regionalen Verteilnetze müssen Vorrang haben.

4. Ausstieg/Verbot von Fracking

Vor der Notwendigkeit des Ausstiegs aus der Nutzung fossiler Energiequellen erscheinen die Bemühungen der Energieversorger zur Wiederaufnahme der unkonventionellen Erdgasförderung durch Fracking besonders widersinnig. Dabei trifft auch die eingesetzte Technik auf Ablehnung. Es fallen giftige Bohrschlämme und Lagerstättenwasser an; die Mischungen aus Wasser und feinkörnigem Gestein sind oft versetzt mit krebserregenden Kohlenwasserstoffen, Quecksilber, Arsen und manchmal auch mit radioaktiven Partikeln. Bei unsachgemäßer Anwendung oder Unfällen besteht das Risiko von Kontakt zum Grundwasser, Bodenverseuchung und Luftbelastung. Der BUND fordert deshalb die künftige Landesregierung auf, keine weiteren Fracking-Bohrungen zu genehmigen.